



Berichte und Anträge
**zur Landesdelegiertenkonferenz
der Arbeitsgemeinschaft
sozialdemokratischer Frauen
Baden-Württemberg (ASF)**

am 24. Oktober 2015, um 10:30 Uhr

ULM, Haus der Begegnung

INHALT

Rechenschaftsbericht	Seite 3
Tätigkeitsbericht Landesvorstand	Seite 6
Landesvorstand der ASF Baden-Württemberg	Seite 8
Ansprechpartnerinnen in den Kreisen	Seite 9
Bericht über die Arbeit des Bundesvorstandes	Seite 11
Bericht aus dem Bundesausschuss	Seite 14
Gleichstellungsbericht	Seite 17
Berichte aus den Kreisverbänden	Seite 19
Anträge	Seite 26

IMPRESSUM

SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart
Tel. (0711) 619 36 - 0, Fax -20

Layout: Dr. Gudrun Igel-Mann
Druck: Eigendruck
Fotos: Igel-Mann, Sorg, privat

RECHENSCHAFTSBERICHT DES ASF-LANDESVORSTANDS VON OKTOBER 2013 BIS OKTOBER 2015

Der ASF-Landesvorstand tagt in der Regel monatlich. Regelmäßig laden wir auch zu Landesausschusssitzungen ein, die meist in den Kreisverbänden stattfinden. Im Berichtszeitraum waren wir zu Gast in Schwetzingen, Ettlingen und Stuttgart, ein Termin in Schwäbisch Gmünd musste wegen des Lokführerstreiks leider abgesagt werden. Dabei hörten wir einen Vortrag über Elisabeth Selbert, informierten uns über den Ettlinger Frauen- und Familientreff, ließen uns das Frauensozialunternehmen ZORA vorstellen und über das Projekt Plan P berichten. Außerdem haben wir uns zu zwei Klausurtagungen getroffen: Im April 2014 und im Juli 2015, jeweils in Schwäbisch Hall. Bei aktuellen Anlässen finden immer wieder Telefonkonferenzen statt.



Landesdelegiertenkonferenz 2013 in Freiburg - der neugewählte Landesvorstand



Bundeskonferenz 2014 in Karlsruhe
(Foto: SPD-Parteivorstand)

Baden-Württemberg war Gastgeber der ASF-Bundeskonferenz im Juni 2014 in Karlsruhe, an der wir mit einer 15-köpfigen Delegation teilnahmen. Evelyne Gebhardt MdEP (als stellvertretende Bundesvorsitzende) und Dr. Claudia Schöning-Kalender (als Beisitzerin) wurden in ihren Ämtern bestätigt.

Die ASF ist Mitglied im Landesfrauenrat und nimmt mit zwei Delegierten an den Delegiertenversammlungen teil. Für die Pressearbeit des Landesfrauenrats zuständig ist seit Herbst 2014 Luisa Boos.

Die ASF arbeitet weiter eng mit anderen Arbeitsgemeinschaften zusammen. Zum einen finden regelmäßig Treffen der AG-Vorsitzenden statt. Auch auf Landesparteitagen sind wir immer wieder mit gemeinsamen Anträgen vertreten.

An Landesvorstandssitzungen nimmt – neben den gewählten Frauen aus dem ASF-Landesvorstand - regelmäßig ein Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstandes teil.

Bei jährlich wiederkehrenden Gedenktagen (z.B. Equal-Pay-Day im März, Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen im November) ist die ASF stets präsent.

Erstmals haben wir im Februar 2014 zu einem Neujahrsempfang eingeladen und dort den 60. Geburtstag von Evelyne Gebhardt MdEP mit einem Festakt begangen. Festrednerinnen waren Katrin Altpeter MdL, Leni Breymaier und Herta Däubler-Gmelin.



Klausurtagung 2014 in Schwäbisch Hall

Zur Kommunalwahl 2014 hat der SPD-Landesverband ein Nachwuchsförderprogramm ins Leben gerufen, für das wir das Konzept entwickelt haben. Wesentliche Bestandteile waren Bildungsangebote, ein Online-Forum und ein Mentoring-Programm. Zahlreiche Frauen, junge Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund nahmen an diesem Nachwuchsförderprogramm teil, von denen einige erfreulicherweise den Sprung in die

Kommunalparlamente geschafft haben. Für alle Kommunalwahl-Kandidatinnen und solche, die es werden wollen, haben wir ein Tagesseminar „Mein persönlicher Auftritt im Wahlkampf“ in allen Regierungsbezirken angeboten. Die Nachfrage war so groß, dass ein zusätzlicher Termin in Stuttgart durchgeführt werden musste.

Im Herbst 2014 haben wir eine Reihe „ASF-Talk“ gestartet. Den Anfang machte „SEX MACHT POLITIK“ in Stuttgart, es folgte „Roll-Back in der Gleichstellungspolitik – Fiktion oder Realität?“ Weiterhin haben wir ein Tagesseminar „Feminismus für Einsteigerinnen“ in Stuttgart angeboten. Um die tägliche Arbeit zu erleichtern führen wir dieses Jahr in allen vier Regierungsbezirken ein Tagesseminar „ASF-Arbeit vor Ort – Tipps für den Alltag“ durch.

Unser vorrangiges Ziel ist es, die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen zu verwirklichen. Zwar konnte das Kommunalwahlrecht in der laufenden Landtags-Legislatur leicht geändert werden, eine Reform des Landtagswahlrechts – wie im Koalitionsvertrag verankert -, scheiterte bisher aber am Widerstand der SPD-Landtagsfraktion. Somit bleibt Baden-Württemberg weiterhin das einzige Bundesland mit Einstimmenwahlrecht. Die Bundestagswahl 2013 hat eindrücklich gezeigt, was ein Listenwahlrecht bewirken kann: Baden-Württemberg wird nunmehr von 10 Frauen und 10 Männern im Deutschen Bundestag vertreten. Bei der Aufstellung von Kandidat/innen in den Wahlkreisen werden wir weiter mit Briefaktionen und Unterstützungsangeboten dafür



Mit dem Neujahrsempfang 2014 feierten wir den 60. Geburtstag von Evelyne Gebhardt. Vordere Reihe v.l.: Ministerin Katrin Altpeter MdL, Evelyne Gebhardt MdEP, Herta Däubler-Gmelin, Annette Sawade MdB, Stella Kirgiane-Efremidis

werben, mehr Frauen zu berücksichtigen. Denn bereits jetzt zeichnet sich für die Landtagswahl 2016 ein desaströses Geschlechterverhältnis der Kandidierenden und somit auch im Ergebnis für die künftige Fraktion ab. Dass in diesem Landtagswahlkampf kandidierende Frauen zum einen bevorzugt bei der Promi-Verteilung berücksichtigt werden sollen, und dass zum anderen Mittel aus dem Strukturfond genutzt werden sollen, um weibliche Kandidaturen bei der Finanzierung von Großflächenplakaten zu unterstützen, betrachten wir als erste Erfolge.



Fahnenaktion 2014 gegen Gewalt gegen Frauen

Öffentlichkeitsarbeit betreiben wir zum einen mit unserer Homepage <http://asf-bw.de>. Dort finden sich Termine, Pressemitteilungen und Veranstaltungsberichte, aber auch Positionspapiere stehen zum Download bereit. Schwerpunktthemen unserer Zeitschrift „ASF aktuell“ waren „Gewalt gegen Frauen“, „Pro und Contra Prostitutionsgesetz“ und „Frauen und Flucht“. Alle Ausgaben des ASF aktuell sind auch auf der Homepage nachzulesen.

Wir unterstützen die Arbeit der Kreisverbände, sei es durch Vermittlung von Referentinnen und Referenten, durch Unterstützung bei ASF-Neugründungen oder durch die Kommunikation der Kreisverbände miteinander. Außerdem haben die Kreisverbände die Möglichkeit, Beiträge im „ASF aktuell“ zu veröffentlichen.

Von den auf der Landesdelegiertenkonferenz 2013 in Freiburg gewählten Vorstandsfrauen sind Marie-Luise Stallecker umzugsbedingt und Sonja Elser aus gesundheitlichen Gründen leider ausgeschieden. Die nächste Landesdelegiertenkonferenz wird am 24. Oktober 2015 in Ulm stattfinden.

Anette Sorg

Landesvorsitzende der ASF



Landesausschuss in Schwetzingen

TÄTIGKEITSBERICHT 2013-2015 ÜBER SITZUNGEN UND VERANSTALTUNGEN DES LANDESVORSTANDS

26.10.2013	Landesdelegiertenkonferenz, Freiburg
13.12.2013	Landesvorstand, Stuttgart
17.01.2014	Landesvorstand, Stuttgart
02.02.2014	Neujahrsempfang und Festakt anlässlich des 60. Geburtstages von Evelyne Gebhardt MdEP, Stuttgart
15.03.2014	Landesvorstand, Stuttgart
11.-13.04.2014	Klausurtagung, Schwäbisch Hall
08.02.2014	Seminar „Mein persönlicher Auftritt im Wahlkampf“, Stuttgart
01.03.2014	Seminar „Mein persönlicher Auftritt im Wahlkampf“, Stuttgart
22.03.2014	Seminar „Mein persönlicher Auftritt im Wahlkampf“, Ulm
05.04.2014	Seminar „Mein persönlicher Auftritt im Wahlkampf“, Calw
26.04.2014	Seminar „Mein persönlicher Auftritt im Wahlkampf“, Emmendingen
06.06.2014	Landesvorstand, Stuttgart
20.-22.06.2014	Bundeskongress, Karlsruhe
12.07.2014	Landesausschuss, Schwetzingen
05.09.2014	Landesvorstand, Stuttgart
18.10.2014	Landesausschuss, Schwäbisch Gmünd - <i>abgesagt</i> -
14.11.2014	Landesvorstand, Stuttgart
28.11.2014	ASF-Talk „SEX MACHT POLITIK“, Stuttgart
12.12.2014	Landesvorstand, Stuttgart
23.01.2015	Landesvorstand, Stuttgart
27.02.2015	Landesvorstand, Stuttgart
28.03.2015	Landesausschuss, Ettlingen
28.03.2015	Seminar „Feminismus für Einsteigerinnen“, Stuttgart
24.04.2015	Landesvorstand, Stuttgart
25.04.2015	Seminar „ASF-Arbeit vor Ort – Tipps für den Alltag“, Stuttgart
21.05.2015	ASF-Talk „Roll-Back in der Gleichstellungspolitik in Europa“, Freiburg



ASF-Landesvorsitzende Anette Sorg

22.05.2015	Landesvorstand, Stuttgart
20.06.2015	Landesausschuss, Stuttgart
27.06.2015	Seminar „ASF-Arbeit vor Ort – Tipps für den Alltag“, Biberach
10./11.07.2015	Klausurtagung, Schwäbisch Hall
24.07.2015	Landesvorstand, Stuttgart
12.09.2015	Seminar „ASF-Arbeit vor Ort – Tipps für den Alltag“, Freiburg
18.09.2015	Landesvorstand, Stuttgart
23.10.2015	Landesausschuss, Ulm
24.10.2015	Landesdelegiertenkonferenz, Ulm

weitere bereits feststehende Termine:

06.11.2015	<i>Landesvorstand, Stuttgart</i>
28.11.2015	<i>Seminar „ASF-Arbeit vor Ort – Tipps für den Alltag“, Stuttgart</i>
08.12.2015	<i>Landesvorstand, Stuttgart</i>



Die baden-württembergische Delegation bei der Bundeskonferenz 2014 in Karlsruhe

LANDESVORSTAND DER ASF BADEN-WÜRTTEMBERG

VORSITZENDE:

Anette Sorg
Ellmendinger Str. 6, 76227 Karlsruhe
E-Mail: anettesorg@kabelbw.de

STELLVERTRETENDE VORSITZENDE:

Sonja Elser *- zurückgetreten -*
Andrea Schiele
Veitsbrunnenweg 1, 89073 Ulm, E-Mail: andrea.schiele@gmx.de

PRESSEREFERENTIN:

Luisa Boos
Lörchstr. 38, 79350 Sexau, E-Mail: boos.luisa@googlemail.com

BEISITZER/-INNEN:

Martina Heer
Ludwig-Dürr-Str. 9, 73033 Göppingen, E-Mail: martinaheer@freenet.de

Stella Kirgiane-Efremidis
Breslauer Str. 38, 69469 Weinheim, E-Mail: stellakirgiane@aol.com

Renate Merten
Kirchstr. 32, 77743 Neuried, E-Mail: renete.merten@gmx.net

Angelika Peter
Anne-Frank-Str. 48, 75015 Bretten, E-Mail: angelika.peter@bretten.de

Hanna Rosahl-Theunissen
Hauriweg 31, 79110 Freiburg, E-Mail: r-th@gmx.de

Annette Sawade MdB
Herdgasse 2, 74523 Schwäbisch Hall, E-Mail: annette.sawade@bundestag.de

Dr. Claudia Schöning-Kalender
Gundelsheimer Str. 21, 68259 Mannheim, E-Mail: info@schoening-kalender.de

Marie-Luise Stallecker *- verzogen -*

Clara Streicher
Sonnenstr. 33, 71229 Leonberg, E-Mail: clara-streicher@web.de

Susanne Tröndle
Allmendweg 12, 79183 Waldkirch,
E-Mail: susanne.troendle@googlemail.com

ANSPRECHPARTNERINNEN IN DEN KREISEN

Alb-Donau:	Elke Kneer, 89143 Blaubeuren
Biberach:	Célie Helène, 88400 Biberach Dagmar Neubert-Wirtz, 88433 Schemmerhofen
Bodensee:	Ursula Carl, 88085 Langenargen
Böblingen:	Clara Streicher, 71229 Leonberg
Breisgau-Hochschwarzwald:	N.N.
Calw:	N.N.
Emmendingen:	Susanne Tröndle, 79183 Waldkirch Barbara Schweizer, 79312 Emmendingen
Enzkreis:	Ursula Bodemer, 75196 Remchingen
Esslingen:	Hanna Scherieble, 73732 Esslingen Beate Thalmann, 73732 Esslingen
Freiburg:	Gabriele Köhler, 79108 Freiburg Hanna Rosahl-Theunissen, 79110 Freiburg
Freudenstadt:	Viviana Weschenmoser, 72160 Horb
Göppingen:	Dr. Heide Kottmann, 73054 Eislingen
Heidelberg:	Kristina Scheuermann, 68169 Mannheim Johannah Illgner, 69115 Heidelberg
Heidenheim:	N.N.
Heilbronn-Stadt:	Ulrike Allinger, 74074 Heilbronn
Heilbronn-Land:	Annemarie Bossner, 74360 Ilsfeld
Hohenlohe/Schwäbisch Hall:	Annette Sawade MdB, 74523 Schwäbisch Hall Kerstin Rappsilber, 74638 Waldenburg
Karlsruhe-Stadt:	Katrin Schulz, 76133 Karlsruhe Karolin Martus, 76131 Karlsruhe
Karlsruhe-Land:	Maria Margareth Lindenberg, 75056 Sulzfeld
Konstanz:	N.N.
Lörrach:	N.N.
Ludwigsburg:	Inge Kaminski, 74321 Bietigheim-Bissingen Karin Waldmann, 71732 Tamm
Main-Tauber:	Brigitte Kaupat, 97980 Bad Mergentheim Renate Gaul, 97922 Lauda-Königshofen

Mannheim:	Dr. Claudia Schöning-Kalender, 68259 Mannheim Evi Korta-Petry, 68239 Mannheim
Neckar-Odenwald:	Gabriele Teichmann, 74865 Neckarzimmern
Ortenau:	Renate Merten, 77743 Neuried
Ostalb:	Frauke Krauß, 73431 Aalen
Pforzheim:	Jacqueline Roos, 75179 Pforzheim
Rastatt/Baden-Baden:	Ute Schwarzer, 76530 Baden-Baden Petra Feld, 76534 Baden-Baden
Ravensburg:	Heike Engelhardt, 88212 Ravensburg
Rems-Murr:	Nanci Greco, 73630 Remshalden
Reutlingen:	Edeltraut Stiedl, 72760 Reutlingen
Rhein-Neckar:	Ursula Wertheim-Schäfer, 68723 Plankstadt Mirjam Schäfer, 68723 Plankstadt
Rottweil:	Elke Ringl-Klank, 78713 Schramberg Hildegard Klaussner, 78713 Schramberg
Schwäbisch Hall/Hohenlohe:	Annette Sawade MdB, 74523 Schwäbisch Hall Kerstin Rappsilber, 74638 Waldenburg
Schwarzwald-Baar:	N.N.
Sigmaringen:	N.N.
Stuttgart:	Rebekka Henschel, 70188 Stuttgart Judith Vowinkel, 70439 Stuttgart
Tübingen:	Katharina Marschall, 72108 Rottenburg
Tuttlingen:	N.N.
Ulm:	Andrea Schiele, 89073 Ulm Brigitte Heim-Kamm, 89073 Ulm
Waldshut:	Claudia Hecht, 79761 Waldshut-Tiengen Ann-Marie Horstmann, 79761 Waldshut-Tiengen
Zollernalb:	N.N.

BERICHT ÜBER DIE ARBEIT DES BUNDESVORSTANDS



Der letzte Bericht über die Arbeit des Bundesvorstandes begann mit den Themen Parteireform und Änderung der Richtlinien für die Arbeitsgemeinschaften. Inzwischen können wir zusammenfassen: Trotz des großen Engagements einzelner Personen wurde die Zuarbeit aus dem Willy-Brandt-Haus stark zurückgefahren, wodurch eine effektive Arbeit der AGen stark beeinträchtigt wird.

Zentrale Themen in den vergangenen zwei Jahren:

Parité – Gleichstellung auch beim Wahlrecht und damit mehr Frauen in die Parlamente. Elke Ferner hat auf Bundesebene eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die einen Entwurf zur Einführung von Geschlechterquoten und deren Verankerung im Wahlrecht erarbeitet hat (vgl. hierzu die zahlreichen Anträge auf der Bundeskonferenz 2014).

Prostitution – Hierzu fand eine intensive Auseinandersetzung im Rahmen einer Bundesvorstandssitzung statt. Eine einhellige Position konnte und sollte nicht herbeigeführt werden. Ergebnis war der Antrag S 1 auf der Bundeskonferenz 2014. Ein Ausschnitt: „Die ASF unterstützt die Fortentwicklung des Prostitutionsgesetzes mit differenzierten Maßnahmen zum größtmöglichen Schutz der Prostituierten vor Gewalt und Ausbeutung, zur Stärkung ihres Selbstbestimmungsrechtes und Gewährleistung fairer Arbeit und mit dem Ziel, illegale Formen zurückzudrängen. Nicht alle derzeit in der Diskussion befindlichen Maßnahmen haben den Schutz der Prostituierten im Blick, sondern richten sich im Ergebnis teilweise sogar gegen die Prostituierten, wie z.B. Zwangsuntersuchungen oder Sanktionen beim Verstoß gegen die geforderte Kondompflicht. Die ASF fordert ein Maßnahmenbündel, mit dem die Ziele des Schutzes in der Prostitution, der Verbesserung der Beratungs- und Hilfsangebote und der klaren Trennung zwischen legaler Prostitution und Zwangsprostitution und/oder sexueller Ausbeutung erreicht werden können.“

Frauen auf der Flucht – Im Juni 2015 fand ein Fachgespräch statt mit Figen Brandt, SPD Frankfurt, und Ülker Radziwill, SPD-Abgeordnete in Berlin, zum Thema „Geflüchtete Frauen“. Daraus entwickelte der Bundesvorstand einen umfassenden Antrag für den Bundesparteitag im Oktober 2015 sowie für den Deutschen Frauenrat. Die Anträge beziehen sich insbesondere auf

geschlechtergerechte Unterbringung, Gesundheitsversorgung, Beratung und Betreuung nach der Ankunft in Deutschland. Zugleich fordern wir die Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Asylgründe und ein Verbot der Abschiebung schwangerer Frauen.

Kopftuch – Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes im Frühjahr 2015, das ein Verbot des Kopftuchs für Lehrerinnen an staatlichen Schulen per Landesgesetz für nichtig erklärt, ist die Debatte um das Für und Wider religiös motivierter Kleidung in öffentlichen Schulen wieder aufgeflammt. Die AsF hatte sich zu dieser Frage vor 10 Jahren deutlich gegen das Kopftuch positioniert. Hierzu fand ein Streitgespräch innerhalb des Bundesvorstands statt (Fatos Aytulun, Cornelia Östreich, Claudia Schöning-Kalender). Im Ergebnis waren die Positionen im BuVo so konträr wie in der öffentlichen Debatte. Einigkeit herrscht darin, dass das Thema Trennung von Kirche/Religion und Staat uns weiterhin intensiv beschäftigen wird. Dabei ist das Thema „Kopftuch“ nur eines unter vielen.

ASF-Bundeskonzferenz im Juni 2014 in Karlsruhe. Thema: „Zeit zum Leben – Zeit zum Arbeiten“



Evelyne Gebhardt wurde mit 97,5 Prozent, das heißt, mit dem besten Stimmergebnis aller Vorstandsmitglieder, als stellvertretende Bundesvorsitzende wiedergewählt. Claudia Schöning-Kalender wurde ebenfalls mit gutem Ergebnis erneut in den Bundesvorstand gewählt. Evelyne war zudem Vorsitzende der Antragskommission.

Die Rückmeldungen zur Bundesdelegiertenkonferenz waren gemischt. Inhaltlich war es aber eine hervorragende Konferenz mit einer unglaublichen Arbeitsdisziplin – das Antragsbuch wurde im Zeitrahmen komplett durchgearbeitet! Ein inhaltlicher Höhepunkt war die Rede von

Manuela Schwesig mit Aussagen wie: „Gleichstellung ist eine Debatte, die ganz wesentlich die Zukunft unserer Gesellschaft bestimmt“; „Wir müssen mit Frauen vorne in der Spitze sichtbar sein“; „Arbeitskultur muss so gestaltet sein, dass sie für Frauen attraktiv ist“.

Ende 2013 delegierte der ASF-Bundesvorstand Claudia Schöning-Kalender in eine Arbeitsgruppe des Deutschen Frauenrates zum Thema Migration/Integration. Die AG tagte mehrfach in Hannover. Ziel war es, eine Strategie für den DFR zu entwickeln, um mehr Migrantinnen bzw. Migrantinnenorganisationen in die Arbeit des DFR einzubeziehen.

Evelyne Gebhardt versorgte und versorgt den Bundesvorstand regelmäßig mit Informationen aus dem Europäischen Parlament. Dort setzte sie sich auch in den vergangenen beiden Jahren für gleichstellungspolitische Fortschritte ein, so etwa für eine EU-weit verbindliche Geschlechterquote für Aufsichtsräte und Vorstände großer Unternehmen, für ein Europäisches Jahr gegen Gewalt an Frauen (das 2016 kommt) oder für die Novellierung der EU-Mutterschutzrichtlinie, die wegen des Blockadeverhaltens der Mitgliedstaaten aber nun erst einmal auf Eis liegt. Im Mai 2015 wirkte Evelyne an einer Veranstaltung des Landesverbandes in Freiburg zum Stand der Gleichstellung in Europa mit.

Nach der Europawahl besuchte Maria Noichl, Mitglied im Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) des Europäischen Parlaments, den Bundesvorstand. Sie berichtet seitdem regelmäßig aus dem Ausschuss. Damit haben wir nun zwei starke Frauen für die AsF im Europäischen Parlament!

Evelyne Gebhardt MdEP
stellv. ASF-Bundesvorsitzende

Dr. Claudia Schöning-Kalender
Beisitzerin im ASF-Bundesvorstand

BERICHT AUS DEM BUNDESAUSSCHUSS

Im Berichtszeitraum fanden vier Bundesausschuss-Sitzungen in Berlin statt. An dreien nahm Anette Sorg, an einer Andrea Schiele teil.

Die Sitzungen fanden immer samstags von 10:00 bis ca 15:00 Uhr statt.

Nach den Richtlinienänderungen für die Arbeitsgemeinschaften im Jahre 2011 war die Anzahl der Sitzungen leider reduziert worden. Auch die Tatsache, dass keine/e feste/r Mitarbeiter/in mehr für die ASF zuständig ist, erschwert die Arbeit in diesem Gremium sowie im Bundesvorstand.

Alle Tagesordnungen enthalten immer einen TOP „Berichte aus den Landesverbänden“, der stets sehr interessant ist. Einerseits erhält man Anregungen zu Themen und Veranstaltungsformaten, andererseits fühlt man sich nicht länger als „einsame Ruferin in der Wüste“, wenn man von ähnlichen Schwierigkeiten und Widerständen in anderen Landesverbänden hört.

Auch der TOP „Bericht aus dem Bundesvorstand ist wichtig, da nicht alle Landesverbände Vertreterinnen in diesem Gremium haben. Da es mangels einer zuständigen Mitarbeiterin (siehe oben) kein Protokoll mehr gibt, ist dieser Informationsfluss dringend notwendig.

Sitzung des ASF-Bundesausschusses am 19. Oktober 2013

Die AsF-Forderungen an den Koalitionsvertrag wurden diskutiert, ein Fachgespräch zum Themenkomplex Prostitution mit den Expertinnen Heidi Rall, im BKA für organisierte Kriminalität und Menschenhandel, und Naile Tanis, Geschäftsführerin KOK (Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess e.V. geführt und die Termine für 2014 wurden festgelegt (u.a. Bundeskongress in Karlsruhe)

Im Anschluss an diese Sitzung erhielten wir eine Nachricht von Elke Ferner, dass die Homepage www.asf.de umgestaltet worden sei. Wir wurden darauf hingewiesen, dass überregional bedeutsame politische Veranstaltungen erstens im Terminteil beworben und zweitens auch dokumentiert werden können. Entsprechende Texte und Fotos sollen an asf@spd.de gesendet werden.

Einen Brief Elkes an Sigmar Gabriel zur Besetzung von Führungspositionen im Willy-Brandt-Haus hat unser Parteivorsitzender wie folgt beantwortet:

„Liebe Elke,

ganz herzlichen Dank für Deine freundlichen E-Mail vom 27. Januar 2014 zur Besetzung von Führungspositionen im Willy-Brandt-Haus mit Frauen.

Es trifft zu, dass eine ganze Reihe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern das Willy-Brandt-Haus im Zuge des Regierungswechsels verlassen haben oder dies noch tun werden. Ich stimme mit Dir und der ASF darin überein, dass die Neubesetzung dieser Funktionen eine günstige Gelegenheit darstellt, um mehr Geschlechtergerechtigkeit zu verwirklichen.

Namens des SPD-Parteivorstandes möchte ich Dir bei dieser Gelegenheit herzlich für Dein jahrelanges Engagement für die Gleichstellung von Frauen im hauptamtlichen Apparat der SPD danken. Nicht zuletzt durch die von Dir erstatteten Gleichstellungsberichte haben wir einen sehr guten Überblick über das Erreichte und die verbliebenen Herausforderungen. Deine engagierte Arbeit der letzten Jahre hat ohne Frage Früchte getragen: Mit der Organisationsab-

teilung, der Schatzmeisterei und der Pressestelle werden bereits drei der wichtigsten Arbeitseinheiten des Willy-Brandt-Hauses von Frauen geführt.

Ausweislich der letzten Betriebs-, Organisations- und Personalübersicht von 2012 beträgt der Frauenanteil unter allen Beschäftigten des SPD-Parteivorstandes stolze 55 %. Dies kann uns allerdings insofern nicht zufrieden stellen, als dass der Frauenanteil im politischen Bereich der Geschäftsführung, der Büro-/Abteilungsleiter/innen und der Referentinnen bisher nur bei 36,1 % liegt. Es versteht sich, dass wir insoweit gemeinsam an einer Geschlechterparität arbeiten sollten. Das wichtigste Instrument hierfür hast Du genannt: Es ist die Betriebsvereinbarung zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der geltenden Fassung von 2004.
Sigmar Gabriel“

Sitzung des ASF-Bundesausschusses am 22. März 2014

In dieser Sitzung wurde die ASF-Bundeskonzferenz vorbereitet (Ablauf, Personalien, Organisation, inhaltliche Schwerpunkte), außerdem wurde der Umgang mit dem Parteitagbeschluss „Die SPD muss weiblicher werden“ diskutiert. Berichte vom Marie-Schlei-Verein und des Deutschen Frauenrats schlossen sich an.

Sitzung des ASF-Bundesausschusses am 29. November 2014

Gesetzesvorhaben der Bundesregierung/ speziell des BMFSFJ wurden diskutiert, die „Nachbarschaftskampagne“ wurde von Jessika Wischmeier vorgestellt, ebenso die Kampagne „Digital leben“.

Sitzung des ASF-Bundesausschusses am 13. Juni 2015

Bericht vom Parteikonvent

Die Bundeskonferenz findet vom **17.-19.06.2016** statt, als Orte sind in der Prüfung:

- Magdeburg – terminlich und finanziell machbar
- Wolfsburg – Abiball im Nachbarsaal mit gemeinsamen Foyer
- Rostock – Hotelpreise sind sehr hoch
- es gab noch einen Hinweis in Bielefeld, wird noch recherchiert

Fachgespräch zu geflüchteten Frauen und Mädchen

Referentinnen: Ülker Rachwill (Berliner Abgeordnetenhaus) und Figen Brandt, Da Migra (Dachverband der Migrantinnenorganisationen)

Zum Thema Unterbringung und gesundheitliche Versorgung: Es gibt kaum Zahlen/Statistiken, das Bild des Flüchtlings ist männlich. Oft fehlt ein „Unterbringungsmanagement (wie viele Betten in welchen Räumen, wie könnten Familien zusammen untergebracht werden). Es wird auf die wachsende Zahl der Flüchtlinge reagiert, es gibt keine Planungen. Die angespannte Situation, der Druck schnelle Lösungen zu finden, lässt die Frauenperspektive in den Hintergrund rücken. Auch in den Haushaltsdebatten gibt es keine Gendertitel. Wichtig sind Kompetenzvermittlungen (Sprache, Bildung), die sie auch mitnehmen können, Gesellschaftsformen kennenlernen, unabhängig von der Dauer des Aufenthalts. Insbesondere für traumatisierte Frauen sind Groß- bzw. Massenunterkünfte wie Hallen/Kasernen schwierig. Es fehlt für diese Frauen an muttersprachlichen Infos, an Ausweichräumen bei häuslicher Gewalt. Lange Wege in Unterkünften sind Angsträume, erhöhen auch real die Gefahr (erneut) Opfer von sexueller

Gewalt zu werden. Daraus folgt eine hohe Gefährdung durch Retraumatisierungen, Wiederholung der Situation, die zur Flucht führte. Ein Zuwanderungsgesetz wird unter wirtschaftlicher Nützlichkeit diskutiert, die Frage, wie Frauen an die deutsche Staatsbürgerschaft kommen, wird nicht diskutiert.

Insgesamt widerspricht die Gesundheitslage EU-Recht, da das Asylbewerberleistungsgesetz eine medizinische Versorgung nur in Notfällen (z.B. Schmerzen) vorsieht. Schwangere bekommen eine einmalige „Unterstützung“ in Höhe von 110,- €, besondere Ernährungsbedarfe werden nicht berücksichtigt. In Hamburg und Bremen wurde der Zugang zu medizinischer Versorgung ohne Zustimmung der Unterbringungsbehörde eingeführt.

Überwiesene Anträge:

Kirchenrecht: Der Antrag aus Baden-Württemberg wird diskutiert. Die Mehrheit folgt der Empfehlung der Antragskommission. Das ist ein Erfolg für Baden-Württemberg, an dem gestrichenen Satz hängt nicht die Idee des Antrags, dass die Vergabep Praxis durch den Staat an kirchliche Einrichtungen sich an den Grundsätzen des AGG orientieren soll.

Berichte der Landesverbände

NRW plant Anträge zu einem Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit, Sanktionierungen bei Missachtung von Quoten.

Bremen will ASF-Schwerpunkte in die Koalitionsverhandlungen mit einbringen.

Verschiedenes:

Zum Antrag künstliche Befruchtung ist ein Expertinnengespräch im BA geplant.

Anette Sorg und Andrea Schiele

1) Anteil der Frauen an der Mitgliedschaft

Im August 2015 waren unter den 35.455 Mitgliedern im SPD-Landesverband Baden-Württemberg 11.505 Frauen. Das entspricht einem Anteil von 32,4 %. (Zum Vergleich: September 2013: 36.532 Mitglieder, davon 11.637 Frauen.)

2) Frauen in ehrenamtlicher Positionen

Landesvorstand

Der SPD-Landesverband Baden-Württemberg hat seit November 2009 einen männlichen Vorsitzenden. Von den vier stellvertretenden Vorsitzenden sind zwei weiblich. Neben der Generalsekretärin gehören 10 weitere Frauen als Beisitzerinnen dem Landesvorstand an.

Kontrollkommission

Von den Mitgliedern der Kontrollkommission sind derzeit 2 weiblich.

Schiedskommission

Der 7-köpfigen Schiedskommission gehören 3 Frauen an.

Antragskommission

Unter den 30 Mitgliedern der Antragskommission sind 15 Frauen.

Parteivorstand

Im Parteivorstand (insgesamt 45) sind 2 Mitglieder aus Baden-Württemberg, davon 1 Frau.

Kreisvorstände/Kreisvorsitzende

Von den 43 Kreisverbänden werden 9 von Frauen geführt (20,9 %).

Ortsvereinsvorstände/Ortsvereinsvorsitzende

200 der insgesamt 823 Ortsvereine des baden-württembergischen Landesverbandes werden von Frauen geführt. Der Anteil der weiblichen Ortsvereinsvorsitzenden beträgt 24,3 %. 2013 waren es bei 829 Ortsvereinen 189 weibliche Ortsvereinsvorsitzende (22,8 %).

3) Frauen in hauptamtlichen Positionen

Unter den insgesamt 76 Beschäftigten beim SPD-Landesverband sind 32 Frauen (42,1 %). (2013: 40 von 60, das entspricht 66,6 %.)

In der Landesgeschäftsstelle arbeiten 5 Referenten, davon 3 Frauen.

Der Landesgeschäftsführung gehört eine Frau an.

4) Frauen in öffentlichen Mandaten

MdEP

Baden-Württemberg ist mit einer weiblichen und einem männlichen Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten.

MdB

Bei der Bundestagswahl 2013 wurden 10 Frauen aus Baden-Württemberg in den Bundestag gewählt. Damit hat die baden-württembergische Landesgruppe (20 Mitglieder) einen Frauenanteil von 50 %. Nach der Bundestagswahl 2009 betrug der Frauenanteil bei 15 Landesgruppenmitgliedern 53,3 %.

MdL

Die SPD-Landtagsfraktion besteht seit März 2011 aus 35 Mitgliedern. Davon sind 7 Frauen (20,0 %). Im Fraktionsvorstand sind zwei Frauen. Nach der Landtagswahl 2006 waren von den 38 SPD-Abgeordneten 11 Frauen (28,9 %).

Kreistage:

Von den 367 sozialdemokratischen Mitgliedern in den Kreistagen sind 94 Frauen (25,6 %). 2013 waren von 380 Kreisräten 85 weiblich (22,4 %). Es gibt 7 weibliche Fraktionsvorsitzende in Baden-Württemberg.

Gemeinderäte:

Von den 2.020 Gemeinde- und Stadträten der SPD in Baden-Württemberg sind 643 weiblich (31,8 %). Unter ihnen sind 125 Fraktionsvorsitzende.

Arbeitsgemeinschaften:

Beteiligung von Frauen in den Landesvorständen der Arbeitsgemeinschaften

	Mitglieder	Frauen	Prozent
60 plus	15	5	33
AfA	13	5	38
ASG	15	5	33
AGS	15	3	20
ASJ	12	1	8
Jusos	9	4	44
SGK	23	10	43

BERICHTE AUS DEN KREISVERBÄNDEN

(SOWEIT BEI REDAKTIONSSCHLUSS VORLIEGEND)

GÖPPINGEN:

Veranstaltungen:

- April 2014 „... und raus bist Du. Minijobs und Teilzeit nach Erwerbspausen“
Veranstaltung zum Equal Pay Day mit Andrea Schiele, stellv. ASF-Landesvorsitzende
- Oktober 2014 „In Würde sterben – Sterbehilfe in der Diskussion“
Veranstaltung mit Heike Baehrens MdB, Marta Alfia (Leiterin des Hospiz Göppingen), Dr. Michael Grebner (Gerontologe) und Georg Kolb (ehrenamtlicher Geschäftsführer des Hospiz Göppingen. Moderation: Pfarrerin Kathinka Korn
- März 2015 „Spiel mit offenen Karten – Was verdienen Frauen und Männer?“
Veranstaltung zum Equal Pay Day mit Manuela Rukavina, Vorsitzende des Landesfrauenrats Baden-Württemberg
- Oktober 2015 „TTIP – Chancen und Risiken des Freihandelsabkommens“
Veranstaltung mit Heike Baehrens MdB, Dr. Brigitte Dahlbender (Landesvorsitzende Baden-Württemberg des Bundes für Umwelt- und Naturschutz (BUND)) und Dr. Peter Saile (Geschäftsführer der IHK-Bezirksskammer Göppingen)
- Oktober 2015 Mitgliederversammlung mit Neuwahlen



Podiumsteilnehmer bei „In Würde sterben - Sterbehilfe in der Diskussion“

Pressemitteilungen:

Landkreis ist familienunfreundlicher Arbeitgeber
Alleinerziehende überdurchschnittlich häufig im ALG II-Bezug
Frauen in die Kommunalparlamente - jetzt!
ASF begrüßt Landesaktionsplan gegen Gewalt gegen Frauen
Alleinlebende ältere Frauen sind armutsgefährdet
Die Frauenquote kommt – ENDLICH!
Familienpflegezeitgesetz entlastet Angehörige
Mütter wollen früher zurück in den Beruf
Betreuungsgeld schafft falsche Anreize
Die Zeit ist reif – neues Gleichstellungsgesetz jetzt!
Mehr Anerkennung für Erzieherinnen und Erzieher
ASF prangert Entgeltungleichheit beim Fußball an
Frauen besser vor sexuellen Übergriffen schützen

Dr. Heide Kottmann
ASF-Kreisvorsitzende

KARLSRUHE-LAND:

Berichtszeitraum: Oktober 2013 - September 2015

- Anfang Oktober 2013 haben wir an die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Karlsruhe eine Mail folgenden Inhalts formuliert:

*Hallo Frau Stolz,
die angehängte Mitteilung an die Presse kam in unsere Hände.
Auf der Terminliste des Landratsamtes ist sie leider nicht zu finden.
Und diese Einladung treibt uns die Zornesröte ins Gesicht.
Demografie und Kommune: ein Thema für „wichtige“ Männer?
Wir wollen bei den Kommunal- und Kreistagswahlen den Frauenanteil signifikant erhöhen, Sie machen sogar Seminare hierfür. Wenn es aber an's Eingemachte geht, um die wirklich wichtigen Themen und bei inhaltsreichen Veranstaltungen bleiben die Frauen außen vor.
Gerade mal eine Sachverständige können wir finden und eine Moderatorin.
Wir nehmen an, dass Sie an der Vorbereitung dieser Veranstaltung nicht dabei waren.
Gerne dürfen Sie aber unsere Verärgerung darüber an die Verantwortlichen weitergeben.
So werden wir keine Frauen animieren, sich kommunalpolitisch mehr einzubringen und andere, die sich schon engagieren, werden wir damit sehr verärgern.
Freundliche Grüße
ASF KA-Land*

- Bei der AFKL (Arbeitsgemeinschaft der Frauenverbände KA-Land – www.afkl.eu) ist die ASF nicht nur Mitglied, sondern stellt auch seit vielen Jahren die stellvertretende Vorsitzende (Uschi Zobel)
- Angelika Peter bemüht sich ständig darum, dass ein Pflegestützpunkt in die Kreisstadt Bretten kommt. Sie ist diesbezüglich in engem Kontakt mit dem Kreistagsfraktionsvorsitzenden der SPD, dem Landratsamt und dem Sozialministerium. Leider bisher nicht erfolgreich.
- Folgende Pressemitteilung ging im Februar an die lokalen Medien:
„Das Verteilen von Rosen ist beim Internationalen Frauentag am 8. März Standard. Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) im Landkreis hingegen wird den Tag in diesem Jahr nicht mit Blumen und Reden würdigen. Auf Vorschlag der AsF-Vorsitzenden Anette Sorg und ihrer Stellvertreterin Angelika Peter werden Frauen aus Bretten und dem Landkreis von der ASF ins Brettener Kino eingeladen. Dort wird um 14 Uhr der Film „we want sex“ gezeigt (<http://www.kino.de/kinofilm/we-want-sex/118306>), der vom Streik englischer Fabrikarbeiterinnen im Jahre 1968 um gleiche Bezahlung wie ihre männlichen Kollegen handelt. Im Anschluss werden alle Interessierten (gerne auch Männer) bei einem kleinen Imbiss zum Gespräch über Film und die aktuelle Situation geladen. Das Thema ungleiche Bezahlung hat auch 46 Jahre nach diesem Streik leider nichts an Aktualität verloren.

Auf einen anderen wichtigen Termin machte während der Vorstandssitzung bei der Brettener AWO, die Vorsitzende des Internationalen Freundeskreises Bretten (www.daf-bretten.de) aufmerksam. Am 17.3. findet im Foyer des Rathauses um 18 Uhr die Ausstellungseröffnung

der Friedrich-Ebert-Stiftung statt unter dem Titel „Demokratie stärken-Rechtsextremismus bekämpfen“. Die ASF-Frauen waren sich einig, dass sie bei der Ausstellungseröffnung anwesend sein wollen. Es sei beängstigend zu beobachten, wie mehr und mehr (junge) Frauen, Anhängerinnen dieser Ideologie sind und werden. „Durch das NSU-Mitglied Beate Zschäpe sei endlich auch ein Bewusstsein für die Rolle von Mädchen und Frauen im Rechtsextremismus am Entstehen“, meinte Cigdem Acisu, Ruth Weidas Stellvertreterin beim DAF.

Das Reißverschlussverfahren bei der Listenaufstellung für die Gemeinderats- und Kreistagswahlen wurde ebenfalls diskutiert. Im Kommunalwahlrecht ist dieses Prinzip nur als Soll-Vorschrift verankert, in der SPD-Satzung als weitgehend verbindliche Vorgabe. Die Realität der bisher bekannt gewordenen Nominierungen zeige jedoch, dass die Frauen-Präsenz in den kommunalen Parlamenten von ihrem Bevölkerungsanteil weit entfernt sei, kritisierte ASF-Kreisvorsitzende Anette Sorg.

In dem Jahr, in dem sich die Ergänzung des Gleichberechtigungsgrundsatzes im Grundgesetz um das staatliche Fördergebot zum zwanzigsten Mal jährt, sei gerade Baden-Württemberg trauriges Schlusslicht bei der Beteiligung von Frauen in Parlamenten. Bei den Kommunalwahlen am 25.5. werde sich zeigen, ob das vom Soziologen Ulrich Beck geprägte Zitat von der „verbalen Aufgeschlossenheit bei weitgehender Verhaltensstarre“ weiterhin vorherrschendes Prinzip im Musterlände ist, oder ob sich auch die Parteien in Baden-Württemberg auf den Weg hin zu mehr politischer Beteiligung von Frauen machen.

- Im April 2014 wurde in den BNN ein Leserbrief zum Gender Pay Gap veröffentlicht:
*Niemand hat bestritten, dass es sich beim Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern um einen durchschnittlich ermittelten Wert handelt.
Wie bei allen anderen Statistiken, lohnt es sich, auch diese zu hinterfragen. Selbstverständlich hat die (unbereinigte) Lohndifferenz in Höhe von 22 % (in Baden-Württemberg sogar 28 %) auch mit der Berufswahl zu tun und mit Lücken wegen Kindererziehung und Pflege. Banker verdienen deutlich mehr als Erzieherinnen (übrigens schon während der Ausbildung!). Ist das so, weil uns die Betreuung unseres Geldes wichtiger ist als die Betreuung unserer Kinder? Oder ist das so, weil Erzieherin ein Frauenberuf ist?
Seltsam, dass es in Ländern wie Slowenien und Polen nur eine Differenz von 2 bzw. 5 Prozent zwischen Männer- und Frauenlöhnen gibt. Durchschnittlich.
In der Bundesrepublik ist selbst die bereinigte Lohndifferenz noch höher. Das heißt: bei vergleichbarer Branche, Beruf, Qualifikation und Position verdienen Frauen hierzulande trotzdem 8 % weniger als ihre männlichen Kollegen, was eindeutig eine Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes darstellt.
Jetzt warte ich auf den Leserbrief, in welchem uns erklärt wird, das habe sicherlich mit dem schlechteren Verhandlungsgeschick von Frauen zu tun.
Ich würde mich über Menschen freuen, die Wege suchen, um Ungerechtigkeiten zu beseitigen, anstatt diese zu bestreiten. Aber es war eben schon immer einfacher, Gründe zu suchen, warum etwas ist, wie es ist, und deshalb am liebsten auch so bleiben sollte.*
- Und natürlich haben uns die Kommunalwahlen und die Bundeskonferenz in Karlsruhe beschäftigt. Bei der BUKO haben Frauen des Kreisvorstandes einen Stand betreut.

- Wahl des neuen Vorstandes:

Die ASF-KA Land Vorsitzende Anette Sorg und Stellv. Vorsitzende Angelika Peter haben nach vielen erfolgreichen Jahren ihre Ämter abgelegt.

Der neue Vorstand wurde Ende 2014 gewählt. Neue Vorsitzende ist Margareth Lindenberg aus Sulzfeld, als ihre Stellvertreterin fungiert Dorota Buczynski aus Pfinztal. Anette und Angelika bleiben dem Gremium als Starthilfe erhalten.

Mit großer Unterstützung des vorherigen Vorstandes beginnt der neue Vorstand ASF-KA Land die Planungen für die Aktivitäten.

In Hinblick auf die Landtagswahlen 2016 konzentriert sich die ASF Karlsruhe Land auf Anneke Graner – Wahlkreis 31 Ettlingen. Bei ihrer Nominierung in Februar war die ASF-KA Land anwesend.

Internationaler Frauentag:

Eröffnung einer Ausstellung in Bruchsal mit festlichem Empfang.

Die Ausstellung drehte sich um knapp 40 Frauen der Bruchsaler Region. Frauen, die ihren ganz normalen Alltag leben – aber in Bruchsal arbeiten. Es ging hauptsächlich um ihr Engagement in der Gesellschaft.

Mit großen Foto-Portraits und Texten konnte man sich ein Bild über ihre Lebensgeschichten machen. Die Frauen selbst waren bei der Ausstellungseröffnung anwesend und offen für Gespräche. Die ASF hat hier mitgewirkt.

Bei dieser Gelegenheit konnte die ASF-KA Land Verbindungen mit dem Frauennetzwerk in Bruchsal und mit der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Bruchsal vertiefen. Das Ziel ist die enge Zusammenarbeit zu erhalten.

Auf der ASF-Landesausschuss-Sitzung in Ettlingen konnte die ASF KA Land ihren Beitrag leisten: Es wurde u.a. über die Kandidatinnenlage für die LTW 2016 intensiv diskutiert und eine Motivations- und Unterstützungs-Strategie entwickelt, damit sich mehr Frauen in Zukunft zur Kandidatur bewegen lassen.

Im November ist eine Veranstaltung über das Thema „Die Rolle der Frauen im Rechtsextremismus“ mit der stv. AsF-Landesvorsitzenden Andrea Schiele geplant.

Zum Thema Flüchtlingsfrauen im Bereich Karlsruhe - Land:

die ASF-KA Land ist weiterhin in Kontakt mit dem Karlsruher Landrat; sowie mit der Organisation „Frühe Hilfen“.

Für nächstes Jahr – vor den Wahlen – planen wir eine Lesung mit Frühstück: Gast MdL Anneke Graner.

Wir haben das Thema Vereinbarkeit mit Familie und Beruf ins Auge gefasst.

Das ist eine sehr gute Kampagne, da Anneke selbst ein hervorragendes Beispiel dafür ist.

Darüber hinaus diskutieren wir intensiv über folgende Themen:

- Frauen auf der Flucht – Berichte der Betroffenen
- Gewalt in der Partnerschaft – Probleme von dauerhaften Abhängigkeiten
- Ewiges Thema – Aktion „junge Frauen in die Politik bringen -aber wie?“

Margareth Lindenberg
ASF-Kreisvorsitzende

ULM:

Die ASF Ulm ist mit den unterschiedlichsten Themen und Veranstaltungsformen das Jahr über aktiv, vom inzwischen etablierten Frauenempfang mit Hilde Mattheis MdB über Themenveranstaltungen, aktive Mitarbeit zum Programm des internationalen Frauentags und im Frauenforum Ulm und Infoständen im Wahlkampf sind wir ein fester Bestandteil der frauenpolitischen Szene in Ulm.



Infostand zur Einführung des Betreuungsgeldes 31.07.2013

Veranstaltungen:

03. März 2013

Frauenempfang mit Hilde Mattheis, Gast: Generalvikarin Sr. Anna-Luisa Kotz, Kloster Unterarchtal

22. März 2013

„Europa zwischen Nobelpreis und Armenhaus – Auswirkungen der Finanzkrise auf Frauen in Europa“ mit Evelyne Gebhardt MdEP

23. September 2013

„Novellierung des Chancengleichheitsgesetzes – Chancen für die Kommunen“ mit Gabi Frenzer-Wolf, Landesfrauensekretärin ver.di

13. März 2014

„Frauenarmut in Ulm – konkret!“ mit Karin Ambacher, Fachreferentin für Wohnungslosenhilfe beim Deutschen Roten Kreuz und Elke Toth von der Familien-, Lebens- Sozialberatung der Diakonie

16. März 2014

Frauenempfang mit Hilde Mattheis, Gast: Sonja Bohlien, Leiterin des Polizeireviers Ehingen

22. Mai 2014

„Frauen verändern Europa: Solidarisch gegen Entgeltungerechtigkeit und Frauenarmut (2014)“ mit Luisa Boos, Landesvorstand ASF

25. Februar 2015

„Gestärkt in Konflikten – agieren mit gutem Gefühl“ mit Stefanie Rukavina, Dipl.-Biol. und Coach

15. März 2015

Frauenempfang mit Hilde Mattheis, Gäste: Judith Fülle, Filmproduzentin und Gabi Nasfeter, Bildende Künstlerin

29. April 2015

„Auf den Anfang kommt es an - Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Frühkindliche Bildung - ein Zukunftsfaktor“ mit Marion v. Wartenberg, Staatssekretärin für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg

30. Juli 2015

Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen, „Wie in Europa voneinander profitieren?“ mit Lisa Schanz, Gemeinderätin a.D.

Kommunalwahlkampf 2014

Kandidaturen einiger ASF Frauen, Mitwirkung bei Veranstaltungen und bei Infoständen, mehrere Kandidatinnen-Treffen

Andrea Schiele

ASF-Kreisvorsitzende

ANTRÄGE

Antrag Nr. 1:

Antragstellerin: ASF-Landesvorstand

Betr.: Änderung der Richtlinien der ASF Baden-Württemberg

		Empfehlung der Antragskommission
1	Änderung Richtlinien der ASF Baden-Württemberg	Annahme
2		
3	Die Richtlinie der ASF Baden-Württemberg in der Fassung	
4	vom November 2003 wird wie folgt geändert:	
5		
6	1. Ersetze in Ziffer III. (Gliederung) Punkt (5.	
7	Landesausschuss) unter a) im zweiten Spiegelstrich:	
8	„den Vorsitzenden der Kreisverbände“ durch „den	
9	Vorsitzenden der Kreisverbände oder einem ent-	
10	sandten Mitglied“	
11		
12	2. Streiche in Ziffer III (Gliederung) Punkt 7	
13	(Landesvorstand) unter a) den Spiegelstrich	
14	„- einer Referentin für Presse- und	
15	Öffentlichkeitsarbeit“	
16		
17	3. Ersetze in Ziffer III (Gliederung) Punkt 7	
18	(Landesvorstand) unter b) den Satz „Dabei sind	
19	insbesondere zu berücksichtigen Vertreterinnen des	
20	DGB, der DAG, der Verbraucherverbände“ durch	
21	„Dabei sind insbesondere Vertreterinnen aus den	
22	Gewerkschaften/dem DGB und von	
23	Verbraucherverbänden zu berücksichtigen.“	
24		
25		
26	Begründung:	
27		
28	Zu 1.: Damit wird es den Kreisverbänden überlassen, wen	
29	sie entsenden; es muss nicht die Vorsitzende sein.	
30		
31	Zu 2.: Die Realität der letzten Jahre hat gezeigt, dass Pres-	Entscheidung der Konferenz ☐ Annahme ☐ Material an ☐ Erledigt durch ☐ Ablehnung
32	searbeit je nach Thema von den jeweiligen „Fach“-	
33	Frauen sowohl angeregt als auch inhaltlich formu-	
34	liert wurde. Diese Änderung würde dies der Praxis	
35	anpassen.	
36		
37	Zu 3.: Die DAG gibt es nicht mehr.	

Antrag Nr. 2:

Antragsteller: ASF-Landesvorstand

Empfänger: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesvorstand

Betr.: Paritätsbericht

		Empfehlung der Antragskommission
1	Paritätsbericht	Annahme
2		
3	<u>Die SPD-Landtagsfraktion</u> wird aufgefordert, im Parlament	
4	einen Paritätsbericht wie ihn das Land Rheinland-Pfalz vor-	
5	gelegt hat (jeweils als Landtagsdrucksache) zu initiieren, für	
6		
7	a) die Ergebnisse der Kommunalwahlen 2014	
8	differenziert nach	
9	• Frauenanteil in den Aufstellungsversamm-	
10	lungen und	
11	• tatsächlich gewähltem Frauenanteil	
12	• Listenplätzen von Frauen und deren Auswir-	
13	kung auf den Wahlerfolg	
14		
15	b) die Ergebnisse der Landtagswahlen 2016	
16	differenziert nach	
17	• Frauenanteil in den Aufstellungsversamm-	
18	lungen	
19	• tatsächlich gewähltem Frauenanteil	
20	• Konkurrierende Kandidaturen von Männern	
21	und Frauen und deren Ergebnisse	
22	• Erst- und ZweitkandidatInnen	
23	• aussichtsreiche und nicht aussichtsreiche	
24	Wahlkreise	
25		
26	Die Berichte sind anhand der Zahlen des Statistischen Lan-	
27	desamts und (freiwilliger) Befragungen der Parteien und	
28	Wählergruppen in den Wahlkreisen zu erstellen.	
29		
30	Der Bericht über die Kommunalwahlen soll bis zum Ende der	
31	Legislaturperiode des derzeitigen Landtags, der Bericht über	
32	die Landtagswahlen zum Jahresende 2016 vorliegen.	
33		
34	<u>Der SPD-Landesverband</u> wird aufgefordert, vergleichbare	
35	Auswertungen zu den parteiinternen Ergebnissen zu erstel-	
36	len.	
37		
38		
39	Begründung:	
40		
41		

42	Frauen sind in Kommunalparlamenten (Gemeinderat und	
43	Kreistag) und im Landtag nach wie vor deutlich unterreprä-	
44	sentiert. Das Land Rheinland-Pfalz hat für die Kommunal-	
45	wahl 2014 einen detaillierten Paritätsbericht erstellt, der im	
46	August 2015 vorgelegt wurde.	
47	In Baden-Württemberg sollte die Einführung der Soll-	
48	Vorschrift „Aufstellung der Listen im Reißverschlussverfah-	
49	ren“ auf kommunaler Ebene Verbesserungen bringen, eine	
50	Auswertung ist bis heute nicht erfolgt.	
51	Auf Länderebene hat man sich einer Wahlrechtsänderung	
52	hin zu einem Listenwahlrecht verweigert und sich SPD-intern	
53	lediglich mit zurückhaltenden Appellen an die die Kandida-	
54	tinnen und Kandidaten aufstellenden Wahlkreise und einem	
55	Mentoring-Programm begnügt.	
56	Mit den geforderten Paritätsberichten wird dem Parlament	
57	Material für erforderliche Gesetzes- und weitere Initiativen	Entscheidung der Konferenz
58	an die Hand gegeben.	☐ Annahme
59	Andererseits wird auch der interessierten Bevölkerung ein	☐ Material an
60	kompakter Einblick in die Situation und dem daraus entste-	☐ Erledigt durch
61	henden Handlungsbedarf gegeben.	☐ Ablehnung

Antrag Nr. 3:

Antragstellerin: ASF-Landesvorstand

Empfänger/in: ASF-Bundeskonzferenz, ASF-Bundesvorstand

Betr.: Roulierende Sitzungsorte des ASF-Bundesausschuss

		Empfehlung der Antragskommission
1	Roulierende Sitzungsorte des ASF-Bundesausschuss	Annahme
2		
3	Der ASF-Bundesvorstand wird aufgefordert, künftig die Bundes-	
4	ausschusssitzungen roulierend an unterschiedlichen Orten	
5	in verschiedenen Landesverbänden auszurichten.	
6		
7		
8	Begründung:	
9		
10	Mit unterschiedlichen Tagungsorten verteilen sich zum einen	Entscheidung der Konferenz
11	die zeitlichen Belastungen der Anreise auf alle Bundesauss-	☐ Annahme
12	schusssmitglieder. Zum anderen wäre es eine Möglichkeit,	☐ Material an
13	dass die Landesverbände frauenpolitisch interessante Pro-	☐ Erledigt durch
14	jekte/Gremien usw. vor Ort vorstellen könnten.	☐ Ablehnung

Antrag Nr. 4:**Antragsteller:** ASF-Landesvorstand**Empfänger:** SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, S&D-Fraktion**Betr.:** Schluss mit einem Europa der Austerität

		Empfehlung der Antragskommission
1	Europapolitische Alternative sein! - Schluss mit einem	Annahme
2	Europa der Austerität	
3		
4	Die Austeritätspolitik der vergangenen Jahre hatte in den	
5	Ländern, die besonders von den Krisen betroffen waren,	
6	verheerende soziale Folgen. Das Dogma der	
7	ausgabenseitigen Konsolidierung hat weder zur postulierten	
8	gesteigerten Wettbewerbsfähigkeit, noch zu einer	
9	Trendwende bei der Staatsverschuldung geführt. Im	
10	Gegenteil: Durch strikte Einsparungsvorgaben und eine sehr	
11	schwache Investitionstätigkeit ist eine Abwärtsspirale in	
12	Gang gebracht worden, deren Ergebnis hohe	
13	Arbeitslosenquoten, eine Aushöhlung der sozialen	
14	Sicherungssysteme und Gesundheitssysteme, sowie eine	
15	stark zunehmende Armut und Armutsgefährdung ist.	
16		
17	Die von der Troika verordnete Austeritätspolitik hat sich	
18	nicht nur nicht gelohnt, sondern massiv zu einer	
19	wachsenden Ungleichheit in Europa beigetragen. Diese	
20	Ungleichheit stellt nicht nur das Projekt Europa in Frage,	
21	sondern wirkt auch in den einzelnen Staaten zunehmend	
22	demokratiegefährdend.	
23		
24	Als Sozialdemokratie haben wir es, spätestens seit der	
25	Europawahl 2014, verpasst, eine wirkliche Alternative zur	
26	Krisenpolitik à la Merkel und Schäuble tatsächlich	
27	einzufordern. In der großen Koalition wurden die	
28	europapolitischen Unterschiede zuweilen nahezu	
29	unsichtbar. Es ist jedoch nicht zu spät an unsere Beschlüsse	
30	und an unsere Vorstellungen von einem anderen, einem	
31	sozialen Europa anzuknüpfen.	
32		
33	Wir fordern deshalb die sozialdemokratischen	
34	Minister*innen und Parlamentarier*innen im Bund und	
35	Europa erneut auf, sich für einen sozialdemokratischen	
36	Umgang mit den Problemen in Europa einzusetzen und eine	
37	klare Alternative aktiv einzufordern.	
38		
39	Dies umfasst:	
40		
41	• Der Einsatz für eine Altschuldenregelung für	

42	besonders von der Krise betroffenen Staaten. Wir	
43	halten an unserer Forderung nach einem	
44	Schuldentilgungsfond fest. Auch ein Schuldenschnitt	
45	darf kein Tabu sein.	
46		
47	• Ein Ende der Austeritätspolitik. Wenn	
48	Formulierungen, wie xy muss „seine Hausaufgaben“	
49	machen, gleichbedeutend mit weiteren Kürzungen	
50	im sozialen Bereich sind, müssen wir diesen eine	
51	klare Absage erteilen.	
52		
53	• Die Forderung nach einem wirklichen	
54	Investitionspaket und ein Ende der diesbezüglichen	
55	Augenwischerei. Mittel, die sowieso regulär von den	
56	einzelnen Staaten abgerufen werden können, stellen	
57	keine zusätzlichen Investitionen dar und dürfen auch	
58	nicht als solche ausgegeben werden.	
59		
60		
61	• Der Einsatz für einen langfristigen	
62	Transfermechanismus und einen europäischen	
63	Investitions- und Aufbaufonds, um wirtschaftliche	
64	Ungleichgewichte und regionale Unterschiede	
65	auszugleichen.	
66		
67	• Der Einsatz für eine demokratische Willensbildung	
68	und parlamentarische Kontrolle. Wenn Parlamente	
69	keine Entscheidung ohne Zustimmung der Troika	
70	treffen dürfen, ist die letzte rote Linie überschritten.	
71	Wir unterstützen die Parlamentarier*innen des	
72	Europaparlaments in ihrer Forderung nach einer	
73	parlamentarischen Kontrolle der Troika ebenso wie	
74	nach einer parlamentarischen Kontrolle der EZB.	
75		
76	• Der Einsatz für europaweite Mindeststandards im	
77	sozialen Bereich und im Gesundheitssystem. Diese	
78	Mindeststandards dürfen auch im Fall einer Krise	
79	nicht unterschritten werden. Im Gegenteil, sie sollen	
80	das dringend benötigte Netz zur sozialen	
81	Absicherung darstellen. Alle Menschen in Europa	
82	müssen sich auf ein hohes Maß an sozialer	
83	Absicherung verlassen können.	
84		
85	• Die Erarbeitung eines Konzeptes zu einer	
86	Europäischen Arbeitslosenversicherung.	
87		
88	• Eine Offensive zur europaweit einheitlichen	
89	Besteuerung von Vermögen und	
90	Unternehmensgewinnen. Privatisierungszwänge	
91	lehnen wir ab.	
92		
93		
94	(Begründung erfolgt mündlich)	Entscheidung der Konferenz ☐ Annahme ☐ Material an ☐ Erledigt durch ☐ Ablehnung

Antrag Nr. 5:

Antragsteller: ASF-Landesvorstand

Empfänger: SPD-Landesvorstand, SPD-Parteivorstand

Betr.: Prinzip der sicheren Herkunftsstaaten abschaffen

		Empfehlung der Antragskommission
1	Prinzip der sicheren Herkunftsstaaten abschaffen	Empfehlung erfolgt mündlich
2		
3	Die SPD Baden-Württemberg lehnt das Prinzip der sicheren	
4	Herkunftsstaaten ab und strebt langfristig eine Verfassungs-	
5	änderung in diesem Sinne an. Bis dahin erteilen wir allen	
6	Plänen, weitere Staaten zu sicheren Herkunftsstaaten zu	Entscheidung der Konferenz
7	erklären, eine deutliche Absage.	☐ Annahme
8		☐ Material an
9		☐ Erledigt durch
10	Begründung erfolgt mündlich	☐ Ablehnung

Antrag Nr. 6:

Antragsteller: ASF-Landesvorstand

Empfänger: SPD-Landesvorstand

Betr.: Rederecht für Mitglieder auf Parteitag

		Empfehlung der Antragskommission
1	Rederecht für Mitglieder auf Parteitag	Annahme
2		
3	Im Statut der SPD Baden-Württemberg wird unter § 9 neu	
4	eingefügt:	
5	„(4) Mitglieder der SPD Baden-Württemberg haben Rede-	Entscheidung der Konferenz
6	recht auf dem SPD-Landesparteitag.“	☐ Annahme
7		☐ Material an
8		☐ Erledigt durch
9	(Begründung erfolgt mündlich)	☐ Ablehnung

Antrag Nr. 7:**Antragsteller:** ASF-Kreisverband Heidelberg**Empfänger:** SPD-Landesvorstand, SPD-Parteivorstand**Betr.:** Reform §177 des Strafgesetzbuches - Tatsächliche Umsetzung europäischer Vorgaben zum Sexualstrafrecht

		Empfehlung der Antragskommission
1	Reform §177 des Strafgesetzbuches - Tatsächliche	Empfehlung erfolgt mündlich
2	Umsetzung europäischer Vorgaben zum Sexualstrafrecht	
3		
4	Die ASF fordert die Reform des § 177 StGB im Bereich der	
5	sexuellen/sexualisierten Gewalt gegen Erwachsene.	
6		
7	Wir fordern die Vornahme sexueller Handlungen gegen den	
8	Willen einer Person unter Strafe zu stellen. Hierbei darf nicht	
9	Gewaltanwendung, die Androhung einer gegenwärtigen	
10	Gefahr für Leib und Leben oder das Ausnutzen einer schutz-	
11	losen Lage durch den/die Täter/in die Strafbarkeit begrün-	
12	den. Der Straftatbestand muss bereits an dem Punkt erfüllt	
13	sein, wenn das Opfer mit bestimmten Handlungen nicht	
14	einverstanden ist. Somit ist das Einverständnis aller Beteilig-	
15	ten bei sexuellen Handlungen die Prämisse und nicht das	
16	"Sich-Genug-Wehren-Müssen" des Opfers. Die Verantwor-	
17	tung für das, was als strafwürdiger sexueller Übergriff ge-	
18	wertet wird, darf nicht mehr länger den Opfern übertragen	
19	werden!	
20		
21	Zum 1. August 2014 ist im Europarat die Istanbul-Konvention	
22	in Kraft getreten. Die Bundesrepublik hat mit einem Refe-	
23	rentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz und für	
24	Verbraucherschutz ("Entwurf eines Gesetzes zur Änderung	
25	des Strafgesetzbuches – Umsetzung europäischer Vorgaben	
26	zum Sexualstrafrecht") die Umsetzung der Konvention einge-	
27	leitet. Unserer Meinung nach, wird die Konvention hiermit	
28	nicht zufriedenstellend umgesetzt!	
29		
30	So legt die Istanbul-Konvention in innerstaatlichem Recht	
31	einen Schwerpunkt auf den Schutz von Kindern und Jugend-	
32	lichen vor sexueller Ausbeutung und Missbrauch. Vorhande-	
33	ne Schutzlücken für von sexualisierter Gewalt betroffene	
34	Erwachsene schließt der Entwurf hingegen nicht. Dies steht	
35	im Widerspruch zur Istanbul-Konvention und zur Rechtspre-	
36	chung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte:	
37	Aus ihnen ergibt sich, dass alle sexuellen Handlungen gegen	
38	den Willen der Betroffenen effektiv strafrechtlich verfolgt	
39	werden müssen. Deswegen fordern wir die längst überfällige	
40	Reform des §177 StGB, denn eine effektive Strafverfolgung	

41	findet derzeit in Deutschland nicht statt.	
42		
43		
44	Begründung:	
45		
46	Aktuelle Zahlen, vorgelegt durch das Kriminologische For-	
47	schungsinstitut Niedersachsen, zeigen, dass es 2012 in nur	
48	8,4 Prozent aller angezeigten Vergewaltigungen zu einer	
49	Verurteilung gekommen ist. Die Ergebnisse entsprechen in	
50	etwa den Befunden einer Studie aus 2009, wonach Deutsch-	
51	land im europäischen Vergleich die sechsniedrigste Quote	
52	an Verurteilungen aufwies.	
53		
54	Für die niedrige Verurteilungsrate gibt es verschiedene	
55	Gründe. Ein Grund ist der Tatbestand der sexuellen Nöti-	
56	gung/Vergewaltigung (§ 177 StGB). Strafbarkeitslücken ent-	
57	stehen insbesondere da, wo Täter/innen keine Gewalt an-	
58	wenden oder damit drohen und die Betroffenen dann die	
59	Tat aus Angst oder Schock ohne Gegenwehr über sich erge-	
60	hen lassen.	
61		
62	In der Beratungspraxis von Frauenhäusern/Frauennotrufen	
63	sind die Beratungsstellen immer wieder mit betroffenen	
64	Frauen konfrontiert, die nach eingehender Information über	
65	die aktuelle deutsche Rechtslage von einer Anzeige nach	
66	sexueller Gewalt absehen. In diesen Fällen war in der Regel	
67	ersichtlich, dass der oder die Täter/innen sich bewusst wa-	
68	ren, dass sie die sexuellen Handlungen gegen den ausdrück-	
69	lichen Willen der Betroffenen vornahmen. Darüber hinaus	
70	suchen Frauen in den Beratungsstellen Unterstützung, die	
71	erleben mussten, dass ihre Anzeige des sexuellen Übergriffs	
72	mit einem Einstellungsbescheid durch die Staatsanwalt-	
73	schaft endete. Der Dachverband, der Bundesverband Frau-	
74	enberatungsstellen und Frauennotrufe (bff), hat Einstel-	
75	lungsbescheide und Freisprüche gesammelt, aus denen ein-	
76	deutig hervorgeht, dass die Strafbarkeit der Tat nicht etwa	
77	mangels Beweisen scheiterte, sondern ausschließlich auf-	
78	grund der Ausformulierung der Tatbestandsmerkmale des	
79	§177 StGB.	
80		
81	Daher muss der Gesetzgeber tätig werden und sollte die	Entscheidung der Konferenz
82	Gelegenheit nutzen, im Rahmen der anstehenden Reform	☐ Annahme
83	des Sexualstrafrechts auch die Verbesserung des Schutzes	☐ Material an
84	von Frauen und Männern vor sexualisierter Gewalt mit einer	☐ Erledigt durch
85	Überarbeitung des § 177 Strafgesetzbuch zu erreichen.	☐ Ablehnung